

Antrag 59/I/2026

Abt. 08/13 Buckow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mitgliedsrechte Ungarn

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bun-
2 destags und des Europäischen Parlaments werden aufge-
3 fordert:

4
5 Ungarn die aktiven Mitgliedsrechte in der Europäischen
6 Union zu entziehen, sämtliche EU-Finanzmittel an Ungarn
7 zu stoppen und die ungarische Regierung ultimativ aufzu-
8 fordern,

9 1. alle als hochverräterisch anzusehenden Handlun-
10 gen gegenüber den Institutionen und Mitgliedstaa-
11 ten der EU, insbesondere die mutmaßliche Weiter-
12 gabe vertraulicher und sensibler Informationen aus
13 EU-internen Sitzungen durch den ungarischen Au-
14 ßenminister und andere Regierungsvertreter an rus-
15 sische Staatsvertreter, umgehend einzustellen und
16 eine umfassende Aufklärung dieser Vorgänge ein-
17 zuleiten,

18 2. sämtliche LGBTIQ*-feindlichen Gesetze, insbeson-
19 dere die Untersagung von Pride-Veranstaltungen
20 sowie die angedrohte automatische Gesichtserken-
21 nung und staatliche Überwachung von Teilnehmen-
22 den, sofort aufzuheben, und zu den europäischen
23 Rechtsnormen und Grundwerten der Menschen-
24 würde, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung zu-
25 rückzukehren.

26
27 Sollte die ungarische Regierung diese Verstöße fortset-
28 zen, werden sich die sozialdemokratischen Mitglieder der
29 betroffenen Parlamente für eine Suspendierung der EU-
30 Mitgliedschaft Ungarns gemäß Artikel 7 EUV mit allen ver-
31 fügbaren Mitteln einsetzen.

32

33

34 Begründung

35 Die Europäische Union ist nicht nur ein wirtschaftlicher
36 Zusammenschluss, sondern eine Wertegemeinschaft, die
37 auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit
38 und Achtung der Menschenrechte gründet. Diese Grund-
39 werte binden alle Mitgliedstaaten gleichermaßen.

40

41 Die jüngst erhobenen Vorwürfe gegen den ungarischen
42 Außenminister sowie weitere Regierungsmitglieder, ver-
43 trauliche Informationen aus internen EU-Sitzungen an
44 Vertreter der Russischen Föderation weitergegeben zu ha-
45 ben, stellen einen schweren Vertrauensbruch gegenüber
46 der Europäischen Union dar. Ein solcher Vorgang, sollte
47 er zutreffen, wäre geeignet, die außen- und sicherheits-

Empfehlung der Antragskommission

**Überweisen an: FA I - Internationale Politik, Frieden und
Entwicklung, FA II - EU-Angelegenheiten (Konsens)**

48 politischen Interessen Europas zu gefährden und die Ge-
49 schlossenheit der Union gezielt zu unterlaufen. Dieses
50 Verhalten widerspricht den Loyalitätspflichten, die sich
51 aus Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische
52 Union ergeben, und kann als hochverräterischer Akt ge-
53 genüber der europäischen Gemeinschaft angesehen wer-
54 den.

55

56 Zugleich verschärft die ungarische Regierung unter Vik-
57 tor Orbán in zunehmendem Maße die Diskriminierung
58 von LGBTQ*-Personen. Mit der Verhinderung von Pride-
59 Veranstaltungen, der Androhung automatischer Gesichts-
60 erkennungssysteme und weiteren repressiven Maßnah-
61 men verletzt sie fundamentale EU-Freiheitsrechte sowie
62 Artikel 2 und 6 EUV, die den Schutz der Menschenwürde,
63 der Freiheit und der Gleichheit garantieren. Diese Politik
64 widerspricht zudem der Charta der Grundrechte der Euro-
65 päischen Union (Artikel 7, 11, 21).

66

67 Ein Mitgliedstaat, der aktiv gegen Grundwerte und
68 Rechtsprinzipien der EU verstößt, kann sich nicht länger
69 auf die Rechte und Privilegien der Mitgliedschaft beru-
70 fen. Die fortgesetzte Missachtung gemeinsamer Werte
71 gefährdet die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union
72 nach innen und außen.

73

74 Die Suspendierung von Mitgliedsrechten und finanziel-
75 len Zuwendungen ist daher nicht Vergeltung, sondern ein
76 notwendiges Instrument zur Wahrung der Integrität der
77 europäischen Werteordnung. Es ist im Interesse aller De-
78 mokratinnen und Demokraten in Europa, dass die EU klare
79 Grenzen gegen autokratische Tendenzen zieht und zeigt:
80 Wer die Wertegemeinschaft untergräbt, kann nicht von
81 ihr profitieren.

82

83 Die SPD bekennt sich zu einem Europa der Freiheit, Gleich-
84 heit und Solidarität. Wer diese Grundpfeiler missachtet,
85 hat den moralischen und politischen Anspruch auf Teilha-
86 be an den Vorteilen der Europäischen Union verwirkt.